Oeffentliches Sanitätswesen.

Virchow's Stellung zum englischen Impfgesetz und zur deutschen reichsgesetzlichen Freigabe der Heilkunde.

Von Geh. Med.-Rath Dr. Oscar Schwartz in Köln.

Als Virchow 1898 bei Gelegenheit der Huxley-Feier sich in London aufhielt, hatte derselbe mit dem Vertreter der Pal Mall Gazette eine Unterredung über das neueste englische Impfgesetz, deren Inhalt im British Medical Journal (1902, No. 2178, P. 987) veröffentlicht und dringendst der Aufmerksamkeit der englischen Gesetzgeber empfohlen wird. Virchow äusserte sich damals zur Sache wie folgt: „Wir können in Deutschland die Haltung nicht begreifen, welche das englische Parlament zur Impffrage eingenommen hat. Vom theoretischen Standpunkt muss man doch die Impfung entweder freigeben oder zwangsweise einführen; die Ausführung derselben aber von Jedermanns Gewissen (conscience) abhängig machen, wie das jetzt in England geschieht, ist einfach lächerlich. Man giebt ja damit jedermann auf der Strasse (man in the street) das gleiche Recht wie dem sachverständigen Arzte. Es ist gewiss Pflicht der Eltern, für die Zukunft und das Wohl ihrer Kinder zu sorgen; aber man darf ihnen nicht das Recht einräumen, ihre Kinder der Gefahr einer übertragbaren schweren Krankheit auszusetzen. Wenn beispielsweise ein Kranker an einem durch ansteckende Krankheit brandig gewordenen Geschwür leidet und der behandelnde Arzt die Amputation des befallenen Gliedes zur Lebensrettung für nothwendig hält, so hat der Kranke unzweifelhaft das Recht, die Amputation zu verweigern und den Tod vorzuziehen. Wenn aber das Geschwür ansteckende Krankheitskeime enthält, ist dann der Arzt nicht berechtigt, den Kranken zwangsweise isoliren zu lassen um die Verbreitung der Krankheit auf Andere zu verhüten? Wenn ein gemeingefährlicher Brand in einem Hause entsteht und eine ganze Stadt nur durch Niederreißen der zunächst benachbarten Häuser geschützt werden kann, sollen dann erst die Eigenthümer dieser Häuser um Erlaubniss gefragt werden? Bei der Behandlung ansteckender Krankheiten und den gegen dieselben zu treffenden Maassregeln kann nicht das Recht des Individuums, sondern nur das Recht des Allgemeinwohls (the rights of society) entscheiden. Das Gesundheitswohl der englischen Nation hängt aber von der gesetzlichen Ausführung der Zwangsimpfung ab. Sie sehen doch, dass ganze Inseln durch die Pocken entvölkert werden und ganze Stämme der amerikanischen Indianer durch Pockenepidemien vernichtet worden sind. Die Impfgegner wollen nicht einsehen, dass gesetzliche Zwangsmaassregeln gegen Pocken ebenso nothwendig sind, wie gegen Pest und Cholera. Wenn die Impfung auch keinen

absoluten Schutz gegen Pocken gewährt, so schützt sie doch in den meisten Fällen. Wenn ich von der Erfahrung in meiner eigenen Familie sprechen soll, so war meine eigene Mutter zur Zeit einer verbreiteten Pockenepidemie die einzige, welche die Wiederimpfung verweigerte. Sie erkrankte aber damals nicht nur selbst an den Pocken, sondern steckte auch sämtliche Bewohner ihres Hauses an. Wenn der Schutz durch die Impfung auch kein absoluter ist, so ist er doch erfahrungsgemäss von so grosser Wirksamkeit, dass die Anwendung desselben nicht von Jedermanns Gutdünken abhängig gemacht werden kann. Die unbegreifliche Haltung des englischen Parlaments hat in meinem deutschen Vaterlande ein Echo gefunden, woselbst es auch stets aus Gewissens- oder anderen Gründen Impfgegner gegeben hat, die aber seit Einführung der zangsweisen Impfung möglichst unschädlich gemacht werden konnten durch sogenannte Argumente ad hominem. Aber jetzt, was sollen wir jetzt mit unseren starrköpfigen Impfgegnern (blockheads) anfangen, nachdem das englische Parlament, welches über den sogenannten Common sense als Monopol verfügt, den Widerstand gegen die Impfung sanktioniert hat? Die einzige Hoffnung, die mir bei dieser traurigen englischen Gesetzgebung bleibt, ist die, dass die ausführenden Behörden nicht jeden unsinnigen Einwand gegen die Impfung als auf Gewissen beziehend ansehen und somit den Ruf des englischen Volkes für common sense noch aufrecht erhalten.

Wenn der verstorbene Prof. Virchow 1898 im Kampfe gegen die Pocken wie gegen alle anderen übertragbaren Krankheiten mit Recht die Interessen des Gemeinwohls in den Vordergrund stellte und die strengsten Maassregeln für nothwendig hielt, würde derselbe, wenn er noch am Leben geblieben, sich unmöglich mit der neuesten deutschen Seuchengesetzgebung noch einverstanden erklären können, nach welcher nicht nur Pocken, sondern auch Cholera, Pest und die heute sehr verbreiteten und gemeingefährlichen sexuellen Krankheiten von Jedermann ohne Nachweis technischer Vorbildung und Zuverlässigkeit, also im englischen Sinne von jedem „man in the street“ behandelt werden dürfen, wie von einem staatlich geprüften Arzte. — Zur Verhütung gemeingefährlicher ansteckender Volkskrankheiten kommt aber alles darauf an, dass die ersten Fälle sachkundig und rechtzeitig erkannt werden, damit die vorgeschriebenen Isolierungs- und Desinfektionsmaassregeln mit möglichster Beschleunigung zur Ausführung gelangen können. Auch die Aerzte müssen nicht nur durch Bücherstudium, sondern hauptsächlich durch geordneten klinischen, von erfahrenen Lehrern geleiteten Anschauungsunterricht in öffentlichen Krankenanstalten für die Beurtheilung und Behandlung ansteckender Krankheiten besonders vorgebildet werden, welches Ziel in den seit Freigabe der Heilkunde in Deutschland für den Laienunterricht hergestellten Privatanstalten nicht erreicht werden kann. — Ich gestatte mir beim vorliegenden Anlass auf das Gutachten zu verweisen, welches ich über das von der 23. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege aufgestellte Thema „Reichsgesetzliche Regelung der zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten erforderlichen Maassregeln“ abgegeben habe und welches in der Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege publiziert ist: „Soll den gewerbsmässigen Kurfischern durch ein zu erlassendes deutsches Reichsseuchengesetz die Pflicht zur Anzeige ansteckender Krankheiten auferlegt werden?“

Wie nachtheilig die durch die deutsche Gewerbeordnung von 1869 erfolgte Freigabe der Heilkunde auch auf die Deutschland benachbarten Staaten eingewirkt hat, geht aus der kürzlich gehaltenen Rektoratsrede des Hofrath Prof. Rollett (Graz) hervor: „Die wissenschaftliche Heilkunde und ihre Widersacher von heute.“ (Graz, Leuschner & Lubensky, 1903.)

A. Springfield, Die Errichtung von Apotheken in Preussen. Berlin, Jul. Springer, 1901. 70 S., 1,40 M.

Verfasser will dem Kreisarzt eine Anleitung geben, um seiner im § 53 der Dienstanweisung gegebenen Aufgabe gerecht zu werden, für eine mit der Zunahme der Bevölkerung thunlichst gleichen Schritt haltende Vermehrung der Apotheken zu sorgen. Wie viel auf diesem Gebiete noch zu thun ist, erhellt am besten aus der auf S. 59 gegebenen Uebersicht über die Zahl der auf je eine Apotheke kommenden Einwohner im Jahre 1870 und im Jahre 1891. Welche Uebelstände nicht nur hygienischer, sondern auch sozialer Art durch die nicht genügende Vermehrung der Apotheken entstanden sind und wie sehr durch ein weiteres Verzögern derselben die Lösung der volkswirtschaftlich wichtigen Frage erschwert wird, die Häufung von Schulden auf den Apotheken, die Erzeugung ungesunder „Ideal(?)“-Werthe und den Apothekenschacher zu verhüten, das ist auf S. 6 ff. recht interessant nicht nur für den Hygieniker, noch mehr fast für jeden Volkswirth geschildert. Gerade letztere, namentlich die Parlamentarier unter ihnen, sollten sich mehr als bisher dieser schwierigen Frage zuwenden; sie werden hier ein sehr lehrreiches Analogon zu einer andern, ebenso schwierigen volkswirtschaftlichen und sozialen Frage finden: der Bodenfrage.

Die Vorschläge des Verfassers, die den Vortheil praktischer Durch-

föhrbarkeit für sich haben, sind gewiss sehr zu beherzigen. Trotzdem soll aber nicht verschwiegen werden, dass es noch eine andere, radikalere Lösung der Apothekenfrage giebt: die Ablösung der Hypothekenschulden, wie sie in Schweden durchgeführt ist, also auch sich schon in praxi bewährt hat (cf. Referat hierüber: diese Wochenschrift 1898, S. 45).

Inzwischen können allerdings die Vorschläge des Verfassers, der auch schon früher litterarisch sich auf diesem Gebiete bewährt hat, nur dringend empfohlen werden. Da dieses kleine Buch den Vortheil hat, die bisher recht vielfachen und zum Theil sich aufhebenden gesetzlichen, resp. Verwaltungsbestimmungen zusammengefasst und übersichtlich geordnet zu haben (cf. S. 6 und S. 15), so kann ihre Anschaffung Medizinal- und Verwaltungsbeamten sowie Apothekern nur dringend empfohlen werden. Ascher (Königsberg i. Pr.).

Wutzdorff, Die im Zinkhüttenbetriebe beobachteten Gesundheits-schädigungen und die zu ihrer Verhütung erforderlichen Maassnahmen. Arbeiten aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt Bd. XVII, S. 441.

Der Autor hat im Auftrage des Reichskanzleramtes eine grössere Zahl von Zinkhütten besucht. Es ist dann mit den Zinkhüttenbesitzern und -Arbeitern verhandelt worden, und als endliches Resultat ist der Bundesrathsbeschluss vom 6. Februar 1900 erschienen, welcher den Betrieb in den Zinkhütten regelt. Schon längere Zeit war bekannt, dass die Zinkhüttenarbeiter an ganz eigenartigen Affektionen litten; so gaben Schlockow, Tracinski und Seiffert an, dass hochgradige Störungen, die vor allem auf Bleiintoxikation zurückzuführen seien, die Arbeiter vor der Zeit invalide machten. Die Schädigungen machen sich in Oberschlesien wesentlich unangenehmer bemerkbar als in den Industriebezirken Rheinlands und Westfalens. Neben den Erscheinungen, die auf Blei zurückzuführen sind, tritt auch der Einfluss der schwefligen Säure, welche beim Rösten aus der Zinkblende entsteht, und des Arsens hervor. Die Menge der schwefligen Säure ist bedeutend, in einem einzigen Betriebe Oberschlesiens wurden ca. 60 000 Zentner pro anno erzeugt; gewöhnlich wird die schweflige Säure zu Schwefelsäure verarbeitet. Die durch Rösten zu Zinkoxyd umgewandelten Erze werden mit Kohle unter Sauerstoffabschluss erhitzt, wodurch das metallische Zink entsteht und unter anderem eine erhebliche Menge CO erzeugt wird, welches angezündet wird, um zu CO₂ zu verbrennen. Beim Ausräumen der Muffeln, in denen diese Destillation vor sich geht, entstehen ein gewaltiger, giftiger, bleihaltiger Staub und Massen giftiger Dämpfe. Ebenso wirbelt giftiger Staub auf, wenn die bleihaltigen gerösteten Erze in die Muffeln gefüllt werden.

Es ist daher nothwendig, die Zinkerze in staubdichten Apparaten zu zertrümmern und die geröstete Waare vor der Einfüllung anzufluchten; die Asche darf nicht in den Hüttenraum gezogen werden, sie muss vielmehr in geschlossenen Kanälen unter den Oefen aufgefangen und aus diesen in Wagen entleert werden, die unterhalb des Destillationsraumes stehen.

Staub, Gase und Dämpfe sowie die Feuergase müssen direkt an den Austrittsstellen abgefangen werden. In den gefährlichen Betriebstheilen dürfen Frauen und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden, die Arbeiter sind monatlich von einem approbirten Arzt auf ihren Gesundheitszustand, im besonderen auf Bleierkrankungen zu untersuchen. Betreffs der Reinlichkeit der Räume und der Arbeiter, des Aufnehmens von Speise und Trank, des Umkleidens u. s. w. sind ähnliche Bestimmungen wie für die Bleiindustrie getroffen. — Hoffentlich gelingt es, durch diese Maassnahmen nicht nur die einzelnen Arbeiter vor den Gefahren des Gewerbebetriebs zu schützen, sondern auch allmählich einen kräftigeren Menschenschlag aus ihnen herauszubilden.

Gärtner (Jena).